

partial vertritt, vorschnell christlich belohnt (vgl. Narr, CDU/SPD, Stuttgart 1966, 160ff). Daß die Kirche kirchliche Belange von einer politischen Partei vertreten läßt und diese Vertretung positiv sanktioniert, bedroht die Position und Rolle der Kirche doppelt: Einmal gerät sie in Gefahr, aus geschichtlichem Rückstand den Wagen der modernen Gesellschaft, in der sie nicht mehr das »soziologisch (richtiger: »sozial« - d. Verf.) Selbstverständliche« (Rahner) ist, aufhalten zu wollen. Darüber versäumt sie es, sich gegen enthumanisierende Tendenzen eben dieser Moderne von vorne anzustemmen und sie dirigieren zu helfen. Sie gerät in die Gefahr, um des »sekundären Skandals« willen, indem sie sich z. B. geradezu monomanisch auf einen bestimmten Schultyp fixiert und nach seiner Zustimmung oder Ablehnung Gerechte und Ungerechte scheidet, den »primären Skandal« zu vergessen, säkular gesprochen, das Schicksal von Demokratie und Gesellschaft, das durch ganz andere Gefahren bedroht wird, aufs Spiel zu setzen. »Sekundärer, selbstgemachter und so schuldhafter Skandal ist es, wenn unter dem Vorwand, die Rechte Gottes zu verteidigen, nur eine bestimmte gesellschaftliche Situation und die in ihr gewonnenen Machtpositionen verteidigt werden.« (Ratzinger). Weiter wird die Rolle der Kirche dadurch bedroht, daß sie zum politischen Mitläufer wird, der sich für Taten verantworten muß, die er nie beabsichtigt hat und der umgekehrt um seiner partikularen Belange willen erpreßt werden kann. Darüber hinaus wird bei so generellem Votum der Laie als *quantité négligeable* übergangen, jeder, der anderer Meinung ist, wird tendenziell zum Ketzer. Mit dem partikularen Engagement und der überlassenen politischen Verantwortung wird die Kirche zur unpolitischen Instanz, verneint sie ihre mitseiende Kontrollfunktion.

4. Im einseitigen Vertreten spezifisch kirchenpolitischer Wünsche kommt ein problematisches Verhältnis zur pluralistischen Demokratie zum Ausdruck, welch letztere vom möglichst extensiven Toleranzspielraum (auf dem Boden etwa des grundgesetzlichen Konsens) und einer möglichst gleichberechtigten Beteiligung aller Gruppen und einzelnen lebt. Es entsteht die Gefahr, daß sich die Kirche nur zu einem herrschaftlichen Pluralismus (das Ganze nicht mehr vermögend) versteht, in dem jede Gruppe nur nach Maßgabe ihrer Einflußgröße beteiligt ist, nicht aber zur zentralen demokratischen Basis. Außerdem kommt beim partikularen Ansatz der Verdacht auf, als lebe die Kirche gesellschafts-politisch nach dem *do ut des*-Prinzip.

5. Dagegen könnte die Kirche im dauernden Erinnern an ihr primäres Skandalon und im prinzipiellen Aufnehmen der demokratischen Forderung (s. u. a. Schlette, Kirche unterwegs, bes. 98ff) nicht nur ihren Freiheitsraum schützend bewahren oder aggressiv verteidigen, sondern ihre Freiheit ineins behandeln mit der Freiheit der anderen: Freiheit würde damit zum kritischen

Element der Gesellschaft und des einzelnen. Das abstrakte Verhältnis zweier undifferenzierter Bezugsgrößen »Staat« und »Kirche« würde ersetzt durch die nicht mehr partikular diskriminierenden, in und von der Kirche vertretenen Prinzipien: des Dialogs, der jeweils spezifischen und deshalb erst zum Urteil fähigen Konkretion, die christlich gefordert ist und schließlich der innerweltlich auch und vor allem zu erweisenden Hoffnung. Die Kirche unterstützt dann die möglichst demokratische Gesellschaft, aber nicht eine Partei und ihre Politik. Aus dem juridifizierten problematischen Öffentlichkeitsanspruch wird eine nicht gesichert teilhabende, sondern teilnehmende Öffentlichkeitspflicht.

Dr. Hugo Wild,
Auslandsredaktor der »Neuen Zürcher Nachrichten«, Zürich:

Die ultramontane Situation

Noch nie ist soviel von der Freiheit des Laien gesprochen und für sein Mündigwerden geleistet worden wie heute; aber auch noch nie fand »Rom« so gutes Gehör in Dingen eben dieses Bereiches der Mündigkeit. Je fortschrittlicher und aufgeschlossener heute ein Katholik ist, um so mehr hat er Anlaß, sich auf Texte der beiden letzten Päpste, des Konzils und führender Theologen zu stützen, so es sich nicht gar um ein regelrechtes Absichern handeln muß. Also eine neue Art Ultramontanismus?

Das Paradoxon ist um so erstaunlicher, als das Nachhinken der Kirche im Akkomodieren an gewandelte Situationen notorisch ist und jetzt immer mehr Gegenstand der exakten Historie wird. Erinnern wir uns vergleichsweise, daß es in Frankreich ein volles Jahrhundert dauerte, bis mit Leos XIII. *Ralliement* die Kirche den Sturz der monarchischen Ordnung verschmerzte und ihr Ja zur Republik gab. Oder verweisen wir auf den besonders schmerzlichen Fall Italien: Daß der neue Nationalstaat den Sturz des Kirchenstaates mit sich brachte und Rom gewissermaßen profanierte, ist ihm zwei Generationen lang nicht verziehen worden. Seit 1861 (Pius IX.: »Weder Wähler noch Gewählte«) war den Katholiken befohlen, sich der Teilnahme an der nationalen Politik zu enthalten. Das neue Italien erstand somit unter Mithilfe des Vatikans in Gegnerschaft zur Kirche. Was wunder, wenn der Antiklerikalismus zur zweiten Natur des politischen Italien außerhalb der eigentlich kirchentreuen Bevölkerungskreise wurde. Als nach dem allzu kurzen Wirken eines nun »erlaubten« politischen Katholizismus während der ersten Nachkriegszeit zwanzig Jahre später De Gasperi das große Experiment der *Democrazia Cristiana* als Rückgrat des vordem negierten Staates gelang, war es klar, daß dies nur dank der Wahrnehmung der Eigenständigkeit des politischen Bereiches gegenüber der Kirche erfolgen konnte. De Gas-

peri schöpft aus Italiens großer kommunaler Tradition wie von der naturrechtlich-subsidiaristischen Lehre eines Toniolo und anderer katholischer Soziologen. Selber ein tiefgläubiger Katholik, entriet er jeder klerikalen Gängelung, und er nahm mit der gleichen Selbstverständlichkeit Kurs auf eine möglichst breite Koalition, mit welcher ein de Gaulle zunächst die innenpolitische Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufnahm, um sie später auf die Außenpolitik zu verlegen. Man weiß aus der Biographie seiner Tochter, wie sehr es De Gasperi schmerzte, daß seine politische Mündigkeit, die er beanspruchte, im Vatikan nur wenig verstanden wurde, und Pius XII. einst in verletzender Weise eine aus familiären Gründen erbetene Audienz versagte.

Ohne hier auf die deutschen Verhältnisse einzugehen, wäre auf die jüngst erschienene Darstellung G. Silberbauers (*Österreichs Katholiken und die Arbeiterfrage*, Graz 1966) zu verweisen, welche schildert, wie »die Kirche in Österreich in der Zeit des Vormärz den sozialen Wandel verschief, an dem Entstehen der neuen Klasse des Proletariats vorbeigang und blind an ihren überkommenen gesellschaftlichen Vorstellungen festhielt, ohne zu merken, daß diese mit den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Gegebenheiten der neuen Zeit nicht mehr übereinstimmen« (399). Ja, in allgemeiner Hinsicht ist das kirchliche Bekenntnis zur Demokratie überhaupt erst mit der Weihnachtsansprache 1944 zu datieren.

Welch ein Kontrast zur Gegenwart! Man darf u. E. mit Fug dieses verallgemeinernde Urteil abgeben: Während die Gesamtkirche im Zeichen des Konzils in weltpolitischer Hinsicht geradezu als avantgardistisch zu bezeichnen ist, befleißigt sie sich in den nationalen Räumen einer korrekten Distanzierung (was in Fällen wie Spanien sich geradezu revolutionär ausnehmen kann). Die mehr oder weniger offenen Parteiempfehlungen sind generell Ermahnung zur staatsbürgerlichen Pflichterfüllung und der Beobachtung christlicher Grundanforderungen gewichen. Ausnahmen und ein Festhalten an überkommenen Positionen, das zumeist nur noch lokalhistorisch verstehbar ist – etwa in Schulfragen –, bestätigen die neue Regel. Auf jeden Fall ist die fraglose Identifizierung mit als katholisch oder ähnlich sich bezeichnenden Parteien verschwunden.

Doch von entscheidenderer Bedeutung scheint uns die neue Haltung der Kirche in jenen politischen Belangen zu sein, welche das innerstaatliche klassische Problem des Verhältnisses von Kirche und Staat übersteigen.

Es sind die drei großen Problemkreise: Weltorganisation, Abrüstung, Pflicht zur Entwicklungshilfe und – als Bedingnis dieser Weltaufgaben und mit Rückwirkungen auf das innerstaatliche Leben – die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen »Menschen guten Willens«. Diese neue Haltung fand ihren augenfälligen Ausdruck in der UNO-Reise Pauls VI., in der Verurteilung der Atomwaffen durch das Konzil, in der Indienfahrt des

Papstes sowie in der Unterscheidung zwischen der Unwandelbarkeit der Doktrinen und der Wandelbarkeit der sich auf sie berufenden Menschen und Bewegungen. Die Stelle, an welcher dies maßgeblich formuliert wurde, bezieht sich bekanntlich auf den Kommunismus (*Pacem in terris*, Nr. 159 der von Utz besorgten Ausgabe).

So müssen wir uns der Frage stellen: Wo sind die katholischen Parteien irgendeines Landes, wo ist der katholische Staatsmann, welcher diese Postulate christlicher Weltpolitik integral und bedingungslos zu eigen macht? Wo sind die »christlichen« Regierungsparteien, die bereit wären, in Sachen Atomgebot jene Umorientierung zu vollziehen, welche sie vom Verlangen oder auch nur vom Schielen nach den Massenvernichtungsmitteln zu dem befreienden Wagnis wirklicher Friedenspolitik hinführt? Was für ein Skandalum, wenn ein de Gaulle als katholischer Staatsmann am Morgen in die Messe geht und gleichentags einer jener französischen Atomexplosionen beiwohnt, mit welchen eine Nation zweiten Größenranges zynisch den Atomstopp und die UNO-Ordnung durchbricht! Oder denken wir daran, in welcher Ignoranz und mit welchem National- und Wohlstandsegoismus unsere Durchschnittspolitiker der ganzen Entwicklungsfrage gegenüberstehen. Man hält es im Zeichen des Wirtschaftsliberalismus alten Typs für völlig normal, daß die privatwirtschaftliche Fruktifizierung (um einen andern Begriff zu vermeiden) z. B. Lateinamerikas ihren Fortgang nimmt, derweil der Entwicklungsabstand auch dieses Kontinentes von der übrigen westlichen Welt sich weiterhin vergrößert. Oder wer stellt sich schon dem Faktum, daß Indiens Hungermillionen die Überproduktion Nordamerikas bereits abschöpfen, daß die Menschheit insgesamt also auf dem Nullpunkt angelangt ist, der zur eigentlichen Hungersituation überleitet? Was bedeutet, daß man spätestens im letzten Viertel unseres Jahrhunderts mit physischer Notwendigkeit jenes 1%-Notopfer für die farbige Welt zu erbringen haben wird, nach welchem der Papst allbereits gerufen hat – ohne ein Echo zu finden, das mehr als die alte Almosenmentalität verraten hätte. Es wäre in unseren Tagen noch von dem geringen Verständnis zu reden, das die päpstliche Vermittlungspolitik für Vietnam im Publikum findet, welches andererseits die ihm suggerierte Dämonisierung Chinas (das jetzt die Stelle der Bolschewisten einzunehmen hat) bereitwilligst mitvollzieht.

Das Phänomen einer den Politikern vorausgehenden kirchlichen Initiative *in politicis* haben wir, um von unserem europäischen Bereich zu sprechen, auch in den Ostinitiativen zu sehen – angefangen mit der Weigerung des Konzils, ein Verdammungsurteil über den Kommunismus auszusprechen, das als ein Zurück zum kalten Krieg verstanden worden wäre. Oder wie dürrig blieb das Echo so vieler parteichristlicher Politiker auf die Polen-Initiative der Bischöfe, welcher ohnehin schon eine evangelische Denkschrift vorausgegangen war.

Jedenfalls wird vom Vatikan mit wechselndem Geschick versucht, der sog. schweigenden Kirche des Ostens zu einem *Modus vivendi* zu verhelfen. Dabei ist klar, daß man kirchlicherseits in bezug auf die osteuropäische Situation bereit ist, bis zum äußersten des Weltlich-Verzichtbaren zu gehen. Man gibt sich auch Rechenschaft, daß sozialistische Gesellschaftsordnung und Atheismus nicht einmal in der Theorie mit Sicherheit zusammengehören, daß aber auf dem Feld der praktischen Gestaltung es durchaus möglich ist, daß Christen sich in diese neue Ordnung hineinstellen. Ja, man möchte sagen, daß die Perspektive erkannt wird, da in einer solchen Ordnung sogar eine katholische Mehrheit entstünde, daß sie gewissermaßen getauft würde. Zumal »sozialistisch« in den Ostblockländern immer mehr zum Synonym für modern, industrialisiert, sozialstaatlich usf. wird. Das Beispiel Polen drängt sich hier auf, und man darf, ja muß im oben angedeuteten Sinne all die Beteuerungen polnischer Katholiken interpretieren, welche ihre Mitarbeit am heutigen Polen nicht nur anbieten, sondern auf ihr Recht des Mittuns pochen. Und gleicherweise ist etwa der Passus einer Ansprache Pauls VI. zu verstehen, welche er am 15. Mai 1966 zu polnischen Pilgern hielt: »Wir glauben, daß diese Tausendjahrfeier ... weder als antinational noch als revanchistisch im Sinne eines Strebens nach theokratischen Privilegien oder archaischen politischen und sozialen Formen verdächtigt werden kann... Aus diesem Grund meinen Wir, daß diese Feier selbst wirklich nicht im Widerspruch zur Wohlfahrt und zum Fortschritt einer modernen Gesellschaft steht, sondern eher zu ihrer Ehre und zu ihrem Vorteil gereicht.«

Wir zitieren diese Worte, weil sie zeigen, daß die Kirche aus dem Nachhinken auf die sozialen und politischen Umbrüche lernte. Gegenüber den Gesellschaften »sozialistischen« Typs stellt sie sich ohne Zeitverlust in dem Moment positiv ein, da diese der Terrorphase entwachsen sind, und bei ihnen jenes Mindestmaß freiheitlicher Existenz als gesichert gelten darf, welches sie als Partner in völkerrechtlichen Beziehungen beglaubigt.

Sicherlich sind die oben genannten Hauptlinien kirchlicher internationaler Politik nicht Objekte von Offenbarungswissen: Sie waren durchaus auch auf dem Wege des rationalen und zumal des naturrechtlich inspirierten politischen Denkens zu erarbeiten. UNO, Absurdität des nuklearen Krieges, Entwicklungspflicht usf. sind denn auch Postulate, wie sie schon in aller Welt seit langem verfochten werden. Daß dies in besonderem Maße auf die außerkatholische Welt zutrifft, ist wohl auf die altangewohnte Abneigung des Katholiken gegenüber der Zusammenarbeit mit Anders- oder gar »Ungläubigen« zurückzuführen, auch wenn es sich um glaubensindifferente Bezirke politischen Tuns handelte. Wie sehr haben doch beispielsweise die vulgären Vorstellungen von der »Weltfreimaurerei« die Katholiken behindert, eine Gesinnung des Internationalismus zu entwickeln, die mehr als nur kleinkariertes katholisches Gegen-

stück von Weltbündelei oder eine verspätete Abendlandideologie war. Und zu sehr sind heute viele Katholiken geneigt, der EWG ideelle Gehalte zuzuschreiben, die zumindest einem wirklichen Gesamteuropa, aber erst recht der UNO zustehen. Johannes XXIII. gab auch hier eine sinnenfällige Geste, als er die Konzilsväter in die Paulusbasilika einlud, um dort unter Jochums Stab Beethovens Neunte Symphonie mit dem Schlußchor »Alle Menschen werden Brüder« anzuhören.

Wer als katholischer Publizist seit Jahren für die Idee der Vereinten Nationen und die gewiß noch gebrechliche Gestalt der UNO eintrat, wer für die konsequente Revision der »Kriegslehre« sich einsetzte, weiß, in welchem Maße in den traditionell katholischen Parteien und Gruppen, ja selbst im Klerus die alten Auffassungen vorherrschten – und noch überwiegen –, mit welcher Aggressivität man rasch mit diskriminierenden Bezeichnungen zur Stelle war, und mit wieviel Renitenz schließlich die einschlägigen Konzilsauffassungen entgegengenommen wurden.

So steht hinter dem eingangs skizzierten Paradoxon folgende Bilanz: In der Frage der internationalen Moralität, deren Lösung sich immer mehr als grundlegendes Erfordernis auch der innerstaatlichen Politik im ausgehenden 20. Jahrhundert erweist, hat es des Anstoßes der Kirche bedurft, um die katholischen Politiker innerhalb und trotz ihrer eigenen Mündigkeit die Wege erkennen zu lassen. Die charismatische Führung eines Johannes XXIII., die entscheidenden Schritte eines Paul VI., und die Beschlüsse des Konzils setzten Ziele, die auf der Ebene der politischen Eigenständigkeit von den Laien nur mit unterschiedlichem Einsatz und bloß allmählich übernommen werden, obwohl deren politische Evidenz nicht zu leugnen ist.

Es ist somit die Voraussetzung einer an sich »ultramontanen Situation« gegeben; d. h. die Ziele dessen, was als die Politik der Katholiken Geltung beanspruchen kann, wurde von der Spitze der Kirche aufgezeigt. Daß dabei von seiten der Kirche keine Gängelung und Kommandierung des »politischen Katholizismus« praktiziert wird, hängt mit der Respektierung der Mündigkeit der Christen und der echten Bejahung der Welt, mithin des Bereiches der politischen Eigenständigkeit zusammen.

Daß aber auf der nichtkatholischen Seite diese an sich ultramontane Situation ohne Argwohn betrachtet wird, und man eben den alten antiklerikalen Vorwurf des Ultramontanismus kaum je vernimmt, verdient nicht weniger festgehalten zu werden. Es zeigt, daß dieses Ja der Kirche zur Welt, in der wir leben, als echt empfunden, daß die Pluralität politischer Optionen innerhalb einer gesamt-menschheitlichen Gesittung – die Menschenrechte! – als ehrlich bejaht gilt, und daß man der Kirche Konsequenzen der Toleranz und der Gewissensfreiheit zutraut. Jeder Katholik, der in dieser Gesinnung in der Öffentlichkeit arbeitet, vermag selber die Feststellung zu treffen, wie entspannt das noch vor kurzen Jahren von Argwohn

und Mißtrauen belastete Verhältnis geworden ist. Unvoreingenommenheit und normales Vertrauen sind jetzt die Regel; man gilt nicht mehr als Außen-seiter schlechthin. Ja, statt daß man ängstlich auf Abgrenzen und Fernhalten dieser vormals anti-westlichen Macht *par excellence* aus ist, wird der Sukkurs der Kirche geradezu erwünscht. So gilt es hier die Chance wahrzunehmen, nach den zwei Jahrtausenden alternierender Vor- oder Total-machtansprüche von Kirche und Staat zu jener geordneten Zusammenarbeit zu gelangen, die be-reits Leo XIII. vorausgeschaut hatte (vgl. Hans Maier, in *Kirche und Politik*, Fromms Taschen-bücher Zeitnahes Christentum, 1966, 37).

Ohne die personelle Beständigkeit wäre es schwer, zu Erkenntnisfortschritten zu kommen. Allerdings verpflichten derart günstige Gesprächsbedingun-gen auch zum Fortschritt.

Das Thema der letzten Tagung auf Herrenchiem-see (1966) lautete wie das des Salzburger Kongres-ses (1965): »Christliche Humanität und marxisti-scher Humanismus«. Karl Rahner sprach über den christlichen, Roger Garaudy über den marxi-stischen Humanismus, Helmuth Thielicke über christliche und zugleich auch über marxistische Anthropologie. Die kompakte Grundsätzlichkeit dieser Themen verhinderte vorerst den Schritt ins Konkrete. Trotzdem war es nützlich, daß die Fragen des Vorjahres erneut durchdiskutiert wur-den, diesmal eben besser und informierter und gezielter auf den Horizont des Partners hin. Zu-dem: Was für die Teilnehmer der Tagungen von Salzburg und Herrenchiemsee nicht mehr neu war, ist für Kirche und westliche Gesellschaft noch immer ungewohnt. Daß überhaupt – trotz aller dog-matischen Differenzen – ein gemeinsamer Huma-nismus, eine Kooperation für das Humane, ins Auge gefaßt wird und nach den Bedingungen für diese historisch notwendige Entwicklung gefragt wird, ist ebenso ungewöhnlich wie die Bereitschaft, historisch Bedingtes und damit Ersetzbares im eigenen System aufzugeben und nur das Funda-mentale und Unaufgebbare an den Gesprächstisch mitzubringen. Es hat sich herausgestellt, daß die Marxisten und die Katholiken nicht nur dann zum Gespräch bereit sind, wenn sie eine Minderheit darstellen. Auf der einen Seite fangen die Marxi-sten aus den osteuropäischen Ländern an, statt der bloßen Koexistenz mit Andersdenkenden ein Konzept des Pluralismus zu entwickeln – was sie den Marxisten in Frankreich und Italien verdanken und diese wiederum dem Zwang zu Erfahrungen mit einer parlamentarischen Demokratie. Auf der anderen Seite rühren sich – etwa in Spanien – die Kräfte, die für den Pluralismus eintreten und dabei zuerst an einen innerkatholischen, dann gesamt-christlichen und schließlich einen alle Richtungen umfassenden, demokratischen Pluralismus denken. Mit diesen Perspektiven sind bereits die Konse- quenzen genannt, die nicht nur für die theoretische Weltanschauung, sondern auch für die konkrete Politik aus dem Konzept einer Kooperation für soziale Gerechtigkeit und eine humane Entfaltung aller einzelnen zu ziehen sind.

Im Hinblick auf das Spannungsverhältnis von gegenwärtiger politischer Wirklichkeit und zu-künftiger gesellschaftlicher Möglichkeit ist des-halb eine kurze grundsätzliche Überlegung not-wendig.

Der Sinn für die sogenannte Wirklichkeit ist nützlich; unerlässlich für den, der sich im Ensemble der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Kräfte zurechtfinden will. Dennoch zeichnet beispiele-weise den schöpferischen Politiker oder den krea-

* Überarbeitete Fassung einer Sendung des West-deutschen Rundfunks vom 31. 10. 1966

Symptome

Viel Humanismus - Wieviel Humanität?

Gedanken über Gespräche zwischen Christen und Marxisten*

Es ist längst nicht mehr neu und ungewöhnlich, wenn christliche (und westliche) Wissenschaftler mit marxistischen Ideologen diskutieren. In der Abgeschiedenheit wissenschaftlicher Kongresse ist bereits seit Jahren der Versuch gemacht worden, ideologische Standpunkte auf das Vorverständnis des Gegners hin zu formulieren, sich ihm zu erklä-ren und ihn durch eigenes Fragen zur Erklärung zu zwingen. Im Rahmen der Paulus-Gesellschaft finden seit fast drei Jahren diese Konfrontationen statt. Der in diesem Frühjahr (1967) in Marienbad geplante Internationale Kongreß braucht also nicht erst bei den Ausschachtungsarbeiten für ein Fundament zu beginnen. Das Fundament ist schon fertig und ein Stückchen vom Erdgeschoß obendrein.

Marxistische Ideologen wie Roger Garaudy und christliche Theologen wie Johannes Metz haben kontinuierlich korrespondiert. Daraus ist bereits ein Buch entstanden wie das von Garaudy-Metz-Rahner mit dem Titel *Der Dialog* (Hamburg 1966). Dies – sowie Aufsätze und Rundfunksendungen – haben unter einer Gruppe von einigen Hundert ein Klima geschaffen, in dem sachliche Informa-tion und harte Konfrontation möglich und selbst-verständlich sind. Die Kontinuität einer solchen Gruppe ist ohne Zweifel eines der entscheidenden Positiva in der Bilanz der Paulus-Gesellschaft.